

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtauskunft: Nachrichten Dresden
Herausgeber-Gesamtnummer: 25241
Preis für Nachtragsdruck: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Dresden - L. 1, Karlsstraße 20/21

Belegpreis vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Post 1.70 RM.
Belegpreis für Monat Februar 3.40 RM. einschl. 26 Pg. Postgebühr ohne Postzulieferungsgebühr.
Einzelpreis 10 Pg. Angebote werden nach Goldmark berechnet: die einschlägige 50 mm breite Seite 20 Pg., für auswärts 40 Pg. Familienangebote und Zeitungenrheine
einen Rabatt 15 Pg., außerdem 25 Pg., für 50 mm breite Belegseite 30 Pg., außerdem 50 Pg.
Postgebühr 20 Pg. Einzelangebote gegen Bezahlung

Druck u. Verlag: Pieper & Reichert,
Dresden, Postfach 810, 1068 Dresden
Raddusser nur mit deutscher Auslieferung
(Dresden, Nachr.) gültig. Unverlangte
Schlüssel werden nicht aufbewahrt

Greift Hindenburg ein?

Müller und Curtius beim Reichspräsidenten

Das umstrittene Polen-Abkommen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Febr. Auf Grund der Ergebnisse der gestrigen Reichstagsabstimmung hatte Reichspräsident v. Hindenburg den Reichskanzler Müller und den Reichsaußenminister Dr. Curtius für heute vormittag zu sich bestimmt. Dieser Besuch, der auf die Initiative des Reichspräsidenten zurückgeht, hat in politischen Kreisen erhebliches Aufsehen erregt. Obwohl über den Inhalt der bei dieser Gelegenheit geführten Gespräche aus begreiflichen Gründen nichts verlautet, nimmt man an, daß diese sich im wesentlichen

um das Polenabkommen

gedreht haben. Beim Reichspräsidenten laufen von Tag zu Tag in steigender Zahl Petitions und Resolutionen ein, in denen an Hindenburg appelliert wird, er möge unter allen Umständen die Unterschrift insbesondere unter das Polenabkommen verweigern. Die schweren Bedenken, die gestern auch von Seiten des Zentrums, von Seiten der Wirtschaftspartei und auch der anderen Parteien mit Annahme der Sozialdemokratie gegen das Polenabkommen erhoben worden sind, haben es dem Reichspräsidenten wünschenswert erscheinen lassen, nochmals eine

intensive Aussprache mit den zuständigen Ministern über diese Frage zu pflegen. Es wird u.a. darauf hingewiesen, daß vom Reichspräsidenten, der die Ostfragen von rohmöller militärischer Tätigkeit sehr genau kennt, eine Unterschrift unter das Polenabkommen eine Selbstverständigung sein dürfte, die von ihm kaum zu verlangen ist. Der Kriegskampf spielt sich also zur Stunde nicht so sehr im Reichstag ab, als im Kreise um den Reichspräsidenten, wo natürlich von den Befürwortern des Abkommens alle Hebel angelebt werden, um die Sicherung der Hindenburgunterschrift doch noch zu erhalten.

Von dieser Seite wird vor allem darauf aufmerksam gemacht, daß es ganz unüblich sei, dem Polenabkommen im jüngsten Stadium noch die Zustimmung zu verweigern. Insbesondere versucht man auch mit dem Argument zu operieren, daß bei den guten Beziehungen zwischen Warschau und Paris im Fall der Ablehnung des Polenabkommens Frankreich seine Zustimmung zum Youngplan verlängern könnte. Man darf gespannt sein, welchen Ausgang diese politisch außerordentlich wichtige Aktion haben wird.

Gerade deshalb führt zur rechten Stunde der zweite Redner des heutigen Tages, Prof. Hoesch von der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft, seine schwerwiegenderen Argumente gegen Youngplan und Polenabkommen ins Feld. Prof. Hoesch gilt als prominenter Sachkenner außerordentlicher Fragen, insbesondere aber der Ostpolitik. Seine Argumentation war deshalb von einer Schlüsseleigenschaft, die nicht dem Handgemahl widerlegt werden kann. Besonders eindrücklich war es aber, das Haus von rechts bis links gleich darauf festzulegen, daß

die deutschen Ostgrenzen unerträglich sind.

Es verdient in der Erinnerung aufbewahrt zu werden, daß sich gegen diese Festlegung keine Stimme im Deutschen Reichstag erhob, nicht Sozialdemokraten, nicht Kommunisten glaubten sich der These von der Revisionsnotwendigkeit der deutschen Ostgrenzen entgegenstellen zu dürfen. Ob freilich Prof. Hoesch's Ansicht, daß zunächst einmal ein Modus vivendi mit Polen gefunden werden müsse, und daß die bewußtstädtische Veranlassung zu der Landslucht aus den Ostprovinzen und der Verbündung der Grenzgebiete der unruhige Aufstand sei, in dem man sich auf Grund der ungeklärten Verhältnisse zu Polen befindet, auftreffend sei, wird man beziehungsweise anzuhören dürfen.

Nicht die grenzpolitische Unruhe treibt die Bauern von der Schwelle und die Gewerbetreibenden aus ihren Werkstätten auf die Wanderrung nach dem Westen Deutschlands, sondern der gesunkene Glaube an Möglichkeiten und Chancen der deutschen Außenpolitik.

Wir haben formal seit so vielen Jahren einen Fölkrieg mit Polen, wir haben diese Position verpixelt, weil wir den Fölkrieg nicht geführt haben, und wir könnten heute vor einer ganz anderen Schlage Polen gegenüber stehen, wenn mit der Erklärung des Fölkrieges eine bis in die letzten Konsequenzen durchgeführte Kampffront entwickelt worden wäre.

Aber es sollen in dieser für den Reichstag in ihrer Art historischen Stunde nicht Detailfragen bemängelt werden. Professor Hoesch hat das Verdienst das Ostproblem als gewaltigen Austritt zukünftiger außenpolitischer Notwendigkeiten mit konkreter Beherrschung des Materials der Regierungsbasis aufgeworfen zu haben. Das Reichskabinett mußte deshalb was es tat, als es einen seiner gewandtesten polemischen Dialektiker, den Reichskanzler a. D. und jetzigen Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, ins Gefecht schickte.

Dr. Wirth verbindet eine Art, sich biedermeierlich und loyal zu geben mit süddeutschem Temperament und dem gerade im Parlament nie seine Wirkung verschleierten Brutton der Überzeugung. Er suchte aus dem Text des Youngplans

nachzuweisen, daß insbesondere die Sanktionsformel höchst und stichfest sei, erging sich dann aber in einer breit und man darf sagen formal nicht ganz einwandfreien Polemik gegen den Abg. v. Breymann-Vorlinghoven, der in einer völkerrechtlichen Studie bekannt den Nachweis führte, daß

die Sanktionsformel des Youngplans immer noch genügend Lücken habe,

um von den Franzosen gegen uns zur gegebenen Zeit in einer sehr gefährlichen Weise angewandt werden zu können. Es ist gut, daß gerade diese viel umstrittene Frage noch einmal vor dem Plenum des Reichstags grell beleuchtet wurde. In den Ausschüssen wird man dann nochmals eine sehr genaue Prüfung vorzunehmen haben und vielleicht wird sich dann die Lage ergeben, daß man

Herrn Wirth beim Wort nehmen muß.

Herrn Dr. Wirth, der heute sagte, daß er seiner eigenen Fraktion antraten würde, den Youngplan abzulehnen, wenn die genaue Untersuchung der Sanktionsformel auch nur den Haften einer Lücke ergeben sollte, durch die den Franzosen Gelegenheit und Möglichkeit zum Eingriff im Sinne früherer Sanktionen gegeben sein könnte.

Sackett bei Hindenburg

Antritt des neuen amerikanischen Botschafters

Berlin, 12. Febr. Der Herr Reichspräsident empfing heute den neuernannten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Frederic M. Sackett, zur Entgegnahme seines Beglaubigungsschreibens. Der Botschafter wurde durch den Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, abgeholt und im Wagen des Reichspräsidenten zum Präsidentenpalais geleitet. Das Botschaftspersonal folgte in besonderem Wagen. Im Vorhof des Reichspräsidentenhauses erwies eine Ehrenwache dem Botschafter die militärischen Zeichen. An dem Empfang nahmen außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, sowie Staatssekretär v. Schubert teil.

Das neue Brotgesetz

Berlin, 12. Febr. Der Entwurf des Reichsnährungsministers über das neue Brotgesetz ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß unter der Bezeichnung „Brotgeback“ nur Brot verkauft werden darf, das mindestens zu 95 v. H. aus Roggen hergestellt ist. Unter der Bezeichnung „Weizenbrot“ darf nur Brot verkauft werden, das mindestens zu 95 v. H. aus Weizen hergestellt ist. Brot, das aus einer Mischung hergestellt ist, darf nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot“ verkauft werden.

Reichsminister Dr. Wirth gegen Prof. Hoesch

Verteidigung der Ostdeutschland im Reichstag

Berlin, 12. Febr. Der Reichstag leitete heute die Aussprache zur ersten Beratung des Younggelehrte fort.

Abg. Dr. Deenburg (Dem.)

wiekt darauf hin, daß der Youngplan nicht nur einen großen Fortschritt gegenüber der Dawesregelung, sondern auch gegenüber allen vorhergehenden Abkommen bedeutet. Die Gläubiger seien jetzt lebhaft an einem weiten Markt für deutsche Auslandsbanknoten und an alltäglichen Rücksichtnahmen für Deutschland interessiert. Die Bank für internationale Zahlungen ausgleicht sei in diesem Zusammenhang eine Einrichtung von ganz allgemeiner Bedeutung. Der Redner schließt dann den Zustand, der bei Herbeiführung einer Daweskrise eintreten würde. Sie würde mindestens fünf Jahre dauern und mit entsetzlicher Wucht das Wirtschaftsleben vernichten, ohne daß irgendein Dauererfolg erzielt würde. Wenn Deutschland dann zusammenbreche, habe es vielleicht weniger zu zahlen, aber es sei auch unverhältnismäßig ärmer. Am Ende würde dann vielleicht wieder ein Youngplan aber mit Kontrollen und Sanktionen. Das sei das Rezept, das die Rechte empfehle.

Zweifellos sei der Youngplan ein Kompromiß. Er mußte danach eingerichtet werden, daß ihn auch die Parlamente der anderen Länder annehmen können. Auch unsere Gegner blieben mit schweren Auflagenverpflichtungen gegen Amerika belastet, die jetzt auf Deutschland abgewendet sind. Darüber hinaus trauen sie, wie wir, die schwere Last der Kriegsschäden, die mehr als so groß sei wie in Deutschland. Dieser Last trogt überall zur Wirtschaftskrise bei. Deshalb dränge der gesamte Situations zu internationaler Zusammenarbeit. Der Youngplan sei

weiter eine vollständige noch eine endgültige Lösung.

Alt diesen in ihm selbst enthaltenen Einschränkungen könne Deutschland, ohne an seiner Größe Einbuße zu erleiden, im Plan unterstreichen. Niemand könne voransetzen, wie sich innerhalb der nächsten 50 Jahre die Verhältnisse gestalten werden. Ebensoviel sei die Frage, ob der Plan durchführbar sei, heute schon zu beantworten. Der Redner stimmt der Aufsicht des Kentrums zu, daß mindestens zeitgleichzeitig mit dem Plan eine Erhöhung der deutschen Finanzen vorgenommen werden müsse.

Abg. Dr. Hoesch (Christl.-nat. Arbeitsgem.)

nennst die Entscheidung, vor der die Volksvertretung jetzt steht, so schwer, daß jeder Abgeordnete erst sein Gewissen prüfen muß. Ich lehne es ab, so erklärte der Redner, den als antinational zu bezeichnen, der anders denkt als ich. Ich habe seinerzeit für den Dawesplan gestimmt. Der Youngplan unterscheidet sich von ihm vor allem darin, daß nun die Verbindung der deutschen Reparationslast mit den interalliierten Schulden an Amerika hergestellt ist, deren Berechtigung wir immer bestreiten haben. Durch die Regelung, der das Parlament jetzt zustimmen soll, werden wir indirekt Schuldner der Vereinigten Staaten. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die im Youngplan Deutschland auferlegten Lasten zu schwer sind. Die Berechnung ist im Gegenteil zur Zusage beim Dawesplan jetzt nicht auf Grund einer Untersuchung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgt, sondern mit Rückgriff auf die Verbindung von Reparationszahlung und interalliierten Schulden. Weil auf diese Weise die Last an schwer geworden ist im Verhältnis zur deutschen Leistungsfähigkeit, weil dazu noch die Revisionsmöglichkeiten gegenüber dem Dawesplan sehr vermindert sind,

Warum lehnen wir den Youngplan ab.

Dass zwei deutsche Generationen belastet werden, steht klar und deutlich im Plan. Das ganze Abkommen ist schon in der Wurzel verfehlt. Mit voller Absicht ist von der anderen Seite einer Sicherheitsfaktor eingeschaltet worden, den wir als unerträglich ansehen. Gerade unsere rheinischen Volksgenossen haben ohne Unterschied der Partei immer darauf hingewiesen, sie möchten gern frei werden noch vor den Terminen des Verhandlungsvertrags, aber sie möchten nicht, daß dies mit neuen Belastungen Deutschlands erkannt würde. Die Forderung der Rückkehr auch der Saar ist noch nicht erfüllt.

Durch das Abkommen mit Polen wird das Versailler System auch in Bezug auf Polen stabilisiert. Es sprechen gegen dieses Abkommen die Erfahrungen, die bisher mit den feierlichen Zusagen der polnischen Regierung gemacht wurden. Dadurch würden auch die zahllosen Rechtsbrüche Polens nachträglich legalisiert werden.

Niemand in diesem Hause findet sich mit der polnischen Grenze ab.

Von einem Orlacarno ist auch im Youngplan nicht die Rede. Wer ihn so auslegt, verpixt den Weg zu einer guten deutschen Ostpolitik. Wir wollen vielmehr mit friedlichen Mitteln den Kampf um den Artikel 19 aufnehmen und prüfen, wie wir zu einem guten Zusammenleben mit Polen kommen können.

Wir können auch nicht einsehen, warum das Abkommen mit dem Youngplan untrennbar verknüpft sein soll. Nach Annahme des Youngplans wird erste Sorge der deutschen Außenpolitik dessen Revision sein. Wenn durch den Youngplan auf zwei Generationen hinaus ein engmaschiges Netz über unser Kontinent gezogen wird, beherrscht von dem Youngster Kapitalismus, so müssen wir daran denken, daß jetzt schon zwei Drittel der deutschen Bevölkerung Lohn- und Gehaltsempfänger, also begrifflich Proletarier sind.

Reichsminister Dr. Wirth (Centrum)

betonte, die Machthaber unserer ehemaligen Gegner hätten sich bei den ersten Reparationsforderungen in keiner Weise von ökonomischen Gesichtspunkten leiten lassen. Wer den Weg der Reparationen in den letzten Jahren verfolgt hat, wer die Erfahrung, was unsere Tributpflichten für die anderen Länder bedeuten, kritisch abgewogen hat, der weiß ja, von welchen ökonomischen Erwägungen bzw. von welchem

Mangel an ökonomischen Überlegungen sich die Machthaber unserer ehemaligen Kriegsgegner haben leiten lassen. Die Summe von 132 Milliarden des Londoner Ultimatums, das anzunehmen ich damals die schwere Aufgabe hatte, war ja fern von jeder ökonomischen Erwägung aufgestellt. Ich fragte einst einen Mann, der damals an der Errechnung der Summe von 132 Milliarden, die uns in dem Londoner Ultimatum aufgezwungen worden sind, mitgearbeitet hatte: Haben Sie sich auch einmal wenigstens einige Minuten zusammengelegt, um zu prüfen, ob die Zahlen des Londoner Ultimatums ökonomisch möglich waren? Darauf hörte ich den lapidaren Satz:

„Damit haben wir uns überhaupt nicht beschäftigt!“

Zehn Jahre sind ins Land gegangen, bis endlich die absolute Unmöglichkeit dessen erkannt wurde, was dem deutschen Volke damals aufgeprägt worden ist. Sie wissen, daß von einem freien Staatsmann einst gesagt worden ist, es wird der Weg über das relativ Unmöglichlich schließlich zum Möglichen gegangen werden.

Ist das, was wir nun hier annehmen sollen, jenseits der Grenze jeder Illusion? Präsident Jaspar hat am Schluß der Haager Tagung eine Rede gehalten, die zu zitieren, gerade jetzt der richtige Moment ist. Er hat gesagt: Wie viele Verträge sind in der Reparationsfrage schon geschlossen worden? Wie viele Illusionen haben die Hauptgläubigermächte gehabt, von Deutschland Reparationen zu erhalten? Aber jetzt, so meint Herr Jaspar, ist der Stein der Weisen gefunden. Gest ist die Lösung gefunden. Ob Herr Jaspar klar sieht, ob die Sachverständigen klar gelesen haben?

Das steht ja heute zur Debatte. Aber die Frage, was in diesem Plan möglich ist, können wir nicht durch ein Urteil des Deutschen Reichstages beantworten. Dr. Hoesch und auch andere, auch mein Parteikund Dr. Brüning, beide sind vielleicht im gleichen Maße stark konservative Menschen. Beide sind Menschen, die vom staatlichen herkommen an die politischen Dinge herangehen. Ich verstehe es auch, wenn gerade Dr. Hoesch die große Frage des Weltkapitalismus zum Gegenstand seiner Erörterungen gemacht hat.

Die Verhandlung basiert bei Reparationsding noch auf